

Gemeinsam für eine schnelle Wärmewende

Bündnis hannover erneuerbar, enercity AG und Landeshauptstadt Hannover legen mögliches Einigungspapier vor

Hannover, 20.5.2021. Die enercity AG, die Landeshauptstadt Hannover und das Bündnis hannover erneuerbar, das ein Bürger*innen-Begehren für einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverbrennung im Kraftwerk in Stöcken auf den Weg gebracht hat, haben ein gemeinsames Papier erarbeitet, das ein Meilenstein für den lokalen Kohleausstieg sowie den breiten Einsatz erneuerbarer Energien in der Wärmewende in Hannover werden könnte.

Die Vereinbarung sieht vor, dass der Ausstieg aus der Kohleverbrennung im ersten Kraftwerksblock bereits im Jahr 2024 erfolgen soll. Weiter verpflichtet sich die enercity AG, nachprüfbar so schnell es geht auch im zweiten Block keine Kohle mehr zu verbrennen, hierbei wird das Jahr 2026 als gemeinsames Zeitziel angestrebt.

Sollte sich im Prozess zeigen, dass sich der Ausstieg im zweiten Block aufgrund von weder von der enercity AG noch der LHH beeinflussbaren Faktoren nicht vollumfänglich bis zu diesem Zeitpunkt realisieren lässt, so wird der Ausstieg möglichst zeitnah an 2026 umgesetzt.

Der Oberbürgermeister setzt laut Einigungspapier einen paritätisch besetzten Beirat ein, der den Prozess begleitet. Hier wird die enercity AG regelmäßig über den Fortschritt bzgl. der Ersatzanlagen für das Kohlekraftwerk und Gründe möglicher Schwierigkeiten berichten.

Um die von hannover erneuerbar geforderten CO₂-Reduktionsziele auch dann verbindlich zu erreichen, wenn der Ausstieg nicht bis 2026 vollumfänglich realisiert werden kann, und zugleich den für die Klimaneutralitätsziele der Landeshauptstadt notwendigen Reduktionspfad einzuschlagen, sollen weitere den Kohleausstieg flankierende Maßnahmen im Wärmebereich umgesetzt werden, die ebenfalls den Ausstoß von CO₂ senken und zugleich einen breit angelegten Einstieg in die Wärmewende als kombinierter Kohle-, Heizöl und Erdgasausstieg bedeuten.

Die Maßnahmen umfassen:

- Eine Ölheizungsoffensive: enercity startet eine Initiative zum Ölheizungstausch in Hannover, sodass möglichst bald keine Ölheizungen mehr in Betrieb sind. Dies muss durch eine Fördermaßnahme begleitet werden. In Hannover gibt es ca. 5.000 Ölheizungen. Im Rahmen eines Umbauprogramms können diese auf Fernwärme oder auf Wärmepumpen umgerüstet werden.
- Eine Anschlusspflicht für Fernwärme: Der Rat der LHH beschließt nach dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) eine Anschluss- und Benutzungspflicht für Fernwärme in ausgewählten Verdichtungsgebieten bei Neu- oder Umbauten ab 2022. In diesen Gebieten ist der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen dann nicht mehr möglich.
- Eine Heizungseffizienzoffensive mit CO₂-Einsparungen durch Optimierungen im Bestand – zumeist digital unterstützt.

Nun muss die Vereinbarung von allen Beteiligten abgesegnet werden. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem Rat zu, da die Vereinbarung nur durch einen Ratsbeschluss den notwendigen verbindlichen Rahmen bekommen kann. Erst wenn das geschehen ist, wird das Bündnis hannover erneuerbar das Bürger*innen-Begehren zurückziehen. Bis dahin geht das Sammeln der Unterschriften weiter.

„Wir freuen uns sehr darüber, dass ein Einigungsvorschlag erreicht wurde, mit dem der Ausstieg aus der Kohleverbrennung nun blockweise für 2024 und 2026 angestrebt wird und zugleich noch weitere Maßnahmen andere Bereiche der Wärmewende voranbringen sollen. Es ist großartig, dass dieses Ziel jetzt mit aller Kraft vorangetrieben wird – und zwar gemeinsam. Es ist ein großer Erfolg für den Klimaschutz in Hannover, wenn es gelingt, eine so breite Basis zu schmieden für diese wichtige Weichenstellung auf dem Weg Richtung Klimaneutralität der Landeshauptstadt in 2035“, sagt Johanna Gefäller von hannover erneuerbar.

„Mit Blick auf die durch den CO2-Preis zu erwartenden Preissteigerungen bei Erdgas und Heizöl schützen die Landeshauptstadt und enercity die Bürger*innen so vor mittelfristig immer höheren Wärmepreisen“, ergänzt Dr. Jens Clausen vom Borderstep Institut, der den Prozess fachlich begleitet hat.

„Die flankierenden Maßnahmen, die der Vereinbarungsvorschlag neben dem gemeinsamen Bekenntnis zum Ausstiegsziel 2026 enthält, sollen sicherstellen, dass die durch das Bürger*innen-Begehren angestrebte CO2-Reduktion auch dann erreicht wird, wenn es aufgrund von Faktoren außerhalb des Einflussbereichs von enercity oder LHH zu leichten zeitlichen Verzögerungen bei der Stilllegung des Kohlekraftwerks kommen sollte. Insbesondere die angestrebte vorgezogene Abschaltung des ersten Blocks des Kohlekraftwerks ist eine großartige Perspektive, und auch die weiteren den beschleunigten Kohleausstieg flankierenden Maßnahmen bedeuten vor allem: wir schieben die Wärmewende an verschiedenen Stellen an. Und: wir beginnen JETZT!“, so Stephan Barlag von hannover erneuerbar.

„Der ebenfalls vereinbarte einzurichtende Beirat, der sich aus Vertreter*innen der enercity AG, der LHH und von hannover erneuerbar benannten Mitgliedern zusammensetzt, stellt die notwendige Transparenz über das Bemühen aller in diesem Prozess her“, ergänzt Jennifer Browne. „Damit sollen die Interessen derjenigen gewahrt werden, die das allererste Bürger*innen-Begehren in Hannover unterstützen, um sich aktiv für einen schnellen Kohleausstieg als wichtigen Baustein der notwendigen sozial-ökologischen Transformation einzusetzen. Denn das ist schließlich das übergeordnete Ziel des Ganzen: dass wir in Hannover unseren Beitrag dazu leisten, die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und damit unser aller Lebensgrundlagen zu schützen – für eine gute Zukunft für Menschen jeden Alters und überall auf dieser Erde.“

„Nun ist der Rat am Zug. Von vielen Parteien hat hannover erneuerbar bereits Zustimmung und Unterstützung erfahren. Es wäre ein wichtiges Signal, wenn sich möglichst viele Fraktionen entschließen könnten, für diese wichtige Weichenstellung der Wärmewende zu stimmen“, ruft das Bündnis die Ratsfraktionen auf.

Pressekontakt:

info@hannover-erneuerbar.de

Stephan Barlag
Johanna Gefäller

Bündnis hannover erneuerbar

Hausmannstraße 9–10
30159 Hannover